

Frau Opfer eines dreisten Betrugs

Salem - Unbekannte haben am vergangenen Sonntag „auf dreiste Art und Weise“, wie die Polizei informiert, den E-Mail-Account einer 58-Jährigen aus Salem gekapert. Die Frau habe von ihrem E-Mail-Anbieter eine offenbar täuschend echt aussehende, tatsächlich aber gefälschte Mail bekommen. In dieser wurde sie aufgefordert, zur erneuten Verifizierung ihre Benutzerdaten sowie ihr Passwort einzugeben, was sie getan habe. Danach, so die Polizei weiter, hatte sie keinen Zugriff mehr auf ihren Account. Von diesem sei stattdessen an alle hinterlegten Empfängeradressen eine Nachricht versandt worden, in welcher gestanden habe, dass sich die Absenderin in einer finanziellen Notlage befinde und Hilfe benötige. Die Empfänger sollten also offenbar dazu bewegt werden, Bargeld zu überweisen. Nach ersten Erkenntnissen sei niemand auf den Betrugsversuch hereingefallen. Zudem sei es gelungen, den Account wiederherzustellen und die Daten zu sichern. Der Polizeiposten Salem hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die Polizei weist darauf hin, keinesfalls persönliche Daten wie Zugangsdaten oder Passwörter per Mail zu übersenden. Informationen zu den bekannten Vorgehensweisen beim sogenannten „Phishing“ und Tipps, wie man sich schützen kann, gibt es im Internet auf den Seiten der Polizeilichen Kriminalprävention unter <https://www.polizei-beratung.de/themen-und-tipps/gefahren-im-internet/phishing>.

Mitsingaktion am Schlossee

Salem - Bei der bundesweiten Mitsingaktion am Samstag, 3. Oktober, dem 30. Tag der Deutschen Einheit, um 19 Uhr, wird sich auch Salem beteiligen. Unter dem Motto „Deutschland singt - mit Kerzen als Hoffnungszeichen in der Hand“ werde man an die friedliche Revolution erinnern, wie Margit Koch-Nedela von der Musikschule Salem informiert. Alle Chorleiter der Bundesrepublik seien aufgefordert worden, vor Ort die Aktion zu organisieren. Hinter dieser Initiative stünden der Bundesmusikverband und die Kirchen. Das Projekt soll auf dem Festplatz am Schlossee, Eingang Essarter Platz, unter Beachtung geltender Hygiene- und Abstandsregeln stattfinden. Die „Stehsing-Plätze“ seien mit fünf Quadratmetern auf die Corona-Regeln angepasst. Unter margitkochschmidt@gmx.de wird um eine Voranmeldung gebeten. Dies ermögliche eine schnellere Registrierung ab 18.30 Uhr am Eingang. „Die Dankbarkeit für 75 Jahre Frieden soll an diesem Tag hör- und sichtbar zum Ausdruck kommen“, so Margit Koch-Nedela. Zur selben Zeit sollten an allen Orten gemeinsam die gleichen Lieder gesungen werden - aus den Bereichen Volkslied, Pop, Choräle, Gospel und Schlager. Aus dem Bodenseekreis beteiligen sich Uhlhingen-Mühlhofen, Höchstent und Salem. Sängerinnen und Sänger der Musikschule Salem würden die Lieder anstimmen und zum Mitsingen der Besucher anregen. „Es geht um ein gemeinsames Erlebnis mit den Bürgerinnen und Bürgern Salems“, so Koch-Nedela.



Spatenstich für Clubheimsanierung

Vertreter der Spielvereinigung Frickingen-Altheim-Lippertsreute und Bürgermeister Jürgen Stukle haben mit einem symbolischen Spatenstich den Startschuss für das Gemeinschaftsprojekt Sportzentrum gegeben. Das Bild zeigt (vorn, von links) Jürgen Stukle, Herbert Reichle, Alfred Keller und Fritz Datz. Die energetische Sanierung des Clubheims sowie dessen Aus- und Ausbau sollen in drei Bauabschnitten bis zum Frühjahr 2022 umgesetzt werden. Wie bereits bei den Außenanlagen wollen sich die Vereinsmitglieder tatkräftig und finanziell an der Maßnahme beteiligen. Sogar einen Förderverein haben sie dafür gegründet.

BILD: MARTINA WOLTERS

Verkehrschao durch mehr Gewerbe?

- GoL beantragt Erstellung eines Verkehrsgutachtens
- Rat sieht diese Aufgabe beim Regionalverband

VON PETER SCHÖBER
ueberlingen.redaktion@suedkurier.de

Salem - Die Grüne offene Liste (GoL) hat in der Gemeinderatssitzung am Dienstagabend die Erstellung eines Verkehrsgutachtens zur Klärung der Verkehrsströme in Salem bis zum Jahr 2035 beantragt. Dabei nahm die Fraktion Bezug auf die Fortschreibung des Regionalplans, in dem im Anschluss an das Neufracher Gewerbegebiet ein 30 Hektar großes Vorranggebiet für Industrie- und Gewerbeansiedlung ausgewiesen werden soll. Nach ausgiebiger Diskussion beauftragte das Gremium die Verwaltung, diesen Antrag an den Regionalverband Bodensee-Oberschwaben weiterzuleiten.

Wie Petra Karg, Fraktionssprecherin der GoL erläuterte, sollte das Gutachten Aufschluss darüber geben, welche verkehrsbedingten Auswirkungen sich hinsichtlich des Vorranggebiets für Industrie und Gewerbe sowie der Aufstufung von Salem zum Unterzentrum und der Ausweisung von deutlich mehr Flächen für den Wohnungsbau ergeben.

Karg verwies darauf, dass das Neufracher Gewerbegebiet in den zurückliegenden 20 Jahren um das Vierfache gewachsen sei. Mit dem Ergebnis einer spürbaren verkehrlichen Mehrbelastung für die Bürger. Das geplante Vorranggebiet für Industrie und Gewerbe entspräche einer Verdoppelung der vorhandenen Fläche mit einem ungeklärten Zuwachs an Berufs- und Schwerlastverkehr, der über die schon heute überlasteten Ortsdurchfahrten von Neufrach, Buggensegel, Mimmehausen und Stefansfeld abfließen werde. Außerdem sei Salem seit 1974, dem Abschluss der Eingemeindungen, um 45 Prozent gewachsen.

In den an den Hauptverkehrswegen liegenden Teilorten habe die Bevölke-



Am Stefansfelder Stachus, wie der dortige Kreisverkehr im Volksmund genannt wird, geht es den ganzen Tag über rund. Die Grüne offene Liste (GoL) hat wegen des gestiegenen Verkehrsaufkommens nun die Erstellung eines Verkehrsgutachtens beantragt.

BILD: PETER SCHÖBER

rung sogar um 65 Prozent zugenommen. Die Verkehrsinfrastruktur sei aber gleich geblieben. Weitere Wohnbebauung sei vor allem in Mimmehausen, Neufrach und Stefansfeld zu erwarten. „All diese Planungen“, so Karg, „deuten auf eine Strukturveränderung hin, die Salems Ortsdurchfahrten massiv mit zusätzlichem Verkehr überschwemmen wird.“ Daher fordere die GoL zum Schutz der bereits massiv betroffenen Bürger ein umfangreiches Verkehrsgutachten.

„Wir als Gemeinde sind für ein solches Verkehrsgutachten die falsche Adresse.“

Manfred Härle, Bürgermeister

Bürgermeister Manfred Härle meinte zu dem Antrag der GoL: „Wir als Gemeinde sind für ein solches Verkehrsgutachten die falsche Adresse.“ Der richtige Adressat sei der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben. Gleichzeitig machte Härle deutlich, dass über eine Erweiterung des Gewerbegebiets allein der Gemeinderat entscheide. Es gebe keinerlei Verpflichtung für die Gemeinde, die Raumplanung des Regionalverbandes umzusetzen. Im kommenden Jahr stehe die Fort-

schreibung des Flächennutzungsplans der Gemeinde für die nächsten 15 Jahre an. Darin lege die Gemeinde ihre Raumplanung fest. Dies hielt Härle für den richtigen Zeitpunkt für die Erstellung eines Verkehrsgutachtens. Er signalisierte, dem Gemeinderat den geltenden Flächennutzungsplan einmal vorzulegen, um darzustellen, was von den darin ausgewiesenen Bauflächen bis heute realisiert worden sei.

Petra Herter (CDU) sprach sich gegen ein Verkehrsgutachten zum jetzigen Zeitpunkt aus. „Wir würden“, so argumentierte sie, „ein Gutachten in Auftrag geben, das die Bebauung von Flächen beinhaltet, die der Gemeinde gar nicht gehören.“ Im Hinblick auf die Erweiterung des Gewerbegebiets hielt sie dies für ein fatales Signal an die Bevölkerung. Ulrike Lenski (GoL) erklärte, dass es der GoL bei dem Verkehrsgutachten nicht um die Feststellung der Belastbarkeit der Straßen gehe, sondern um die Belastung der Bürger.

Henriette Fiedler (FWV) wollte das Gutachten als Grundlage für weitere Bauleitplanungen der Gemeinde verstanden wissen. Sie schlug vor, den Antrag der GoL an den Regionalverband weiterzuleiten. Wenn dieser die Erstellung eines Gutachtens ablehne, könne immer noch die Gemeinde den Auftrag vergeben. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

KOMMENTAR

Ein neues Miteinander

VON JENNA SANTINI



Gerade die Salemer Teilorte Stefansfeld, Mimmehausen und Neufrach ächzen unter dem zunehmenden Straßenverkehr. Dicht an dicht schlängeln sich die Autos und Lastwagen zu manchen Tageszeiten durch die Ortsdurchfahrten und Kreisverkehre. Dies macht sowohl den Salemer Bürgern als auch der Infrastruktur zu schaffen, was weder Bürgermeister Manfred Härle noch der Gemeinderat bestreiten können.

In seinem Wahlkampf stellte Manfred Härle die positiven Seiten der urbanen Weiterentwicklung heraus. Zum Beispiel, dass Industrie und Gewerbe einer Gemeinde dabei helfen, finanziell gut da zu stehen. 2673 Wähler entsprochen diesem Wachstumskurs mit ihrer Stimme, 2080 Bürger begeisterten sich jedoch auch für die Ansätze von Kandidatin Birgit Baur, die sich eine andere Zukunft für Salem vorstellte: eine sanftere Weiterentwicklung.

Klar entscheidet der Gemeinderat, wie er die Festsetzungen des neuen Regionalplans umsetzen möchte. Bürgermeister Härle hat Recht, wenn er sagt, dass der Gemeinderat die Raumplanung über verschiedene Werkzeuge selbst steuern kann. In der Hand hat das Gremium dabei auch, auf die Ratskollegen und Bürger zu gehen, die sorgenvoller in die Zukunft blicken, die Themen wie die verkehrliche Entwicklung ansprechen, oder Dinge aufbringen, die so gar nicht der eigenen Linie entsprechen. Nach der knapp ausgegangenen Bürgermeisterwahl so weiterzumachen wie bisher, wäre ein Fehler. Gesund wäre sicher ein neues Miteinander.

jenna.santini@suedkurier.de

Räte stimmen Bebauungsplanentwurf für Gewerbegebiet zu

Erweiterung des Gebiets Böttlin. Neue Ausgleichsfläche gefunden, Einzelhandel soll sich nicht ansiedeln dürfen

Frickingen (mw) In seiner jüngsten Sitzung hat der Gemeinderat dem Bebauungsplanentwurf „Gewerbegebiet Böttlin, dritte Erweiterung“ zugestimmt. Die ausschließlich von behördlicher Seite eingegangenen Stellungnahmen wurden ebenfalls abgehandelt. Dabei ging es zum einen um die bislang noch fehlende Ausgleichsfläche. Zum anderen diskutierte das Gremium den Einwand des Regierungspräsidiums Tübingen, wonach verhindert werden soll, dass sich in dem Planungsgebiet zu viel Einzelhandel ansiedelt. Seit Januar 2017 läuft das Bau-



Noch wird das Planungsgebiet gegenüber der neuen Hermannsberg-Werkstätte für die dritte Bebauungsplanerweiterung Böttlin als Maisfeld genutzt.

BILD: MARTINA WOLTERS

ungsplanverfahren, um weitere Gewerbegrundstücke auf dem 1,6 Hektar umfassenden Areal am südwestlichen Ortsrand auszuweisen. Grund für den

Stillstand war laut Stadtplaner Helmut Hornstein, dass damals der naturschutzrechtliche Ausgleich noch nicht geklärt gewesen sei. Die ursprüngliche

Kompensationsfläche sei von einem Landwirtschaftsbetrieb dringend benötigt worden. Jetzt hat die Gemeinde laut Hornstein eine ausgleichende Fläche am Riedgraben ausgewählt. Dass sich das Landratsamt in seiner Stellungnahme gegen die gewählte Ackerfläche ausspricht, wollte der Planer nicht gelten lassen.

Die Behörde argumentiert in ihrer Einwendung mit dem hohen Wert des neu ausgewiesenen Ausgleichsgebiets als Ackerfläche zur Nahrungs- und Futtermittelgewinnung. Hornstein vertrat die Meinung, die Ausgleichsmaßnahme sei schon deshalb positiv zu bewerten, weil sie eine Vernetzung mit angrenzenden Biotopen schaffe. Auf Nachfrage von Joachim Arnold (FWV) betonte Hornstein, Belange der Landwirtschaft würden ernst genommen.

Uwe Maier (CDU) meinte, Frickingen suche Ausgleichsflächen im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinden noch inner- und nicht außerorts. Daher sollte die Gemeinde zu der neuen Planung stehen. Das Gremium billigte denn auch das Beibehalten der Ausgleichsmaßnahme.

Auf die Einwendung des Regierungspräsidiums, eine Anhäufung von Einzelhandelsbetrieben zu vermeiden, wollte der Planer mit einem grundsätzlichen Verbot reagieren. Evelyne Eschbach (FWV) fragte, warum das nötig sei. Hornstein erklärte, es sei schlecht möglich, einem Betrieb die Ansiedlung zu ermöglichen und einen anderen abzulehnen. Der Gemeinderat folgte seinem Vorschlag, Einzelhandelsansiedlung grundsätzlich zu verbieten und stimmte dem Bebauungsplanentwurf zu.